

Anmeldungen bitte

auf beiliegender Antwortkarte
per Fax: 030 26935-9242 oder
E-Mail: forum.hk@fes.de

Teilnahmebestätigungen werden nicht versendet.

Verantwortlich:

Für die Friedrich-Ebert-Stiftung:
Dr. Irina Mohr, Dr. Ralf Melzer

Für das Forum Justizgeschichte:
Prof. Dr. Ingo Müller, Dr. Peter Weber

Organisation:

Hans Komorowski
Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin
Tel.: 030 26 935-7303
Fax: 030 26 935-9242
E-Mail: forum.hk@fes.de

Titelbild:
Auschwitz-Prozess, 20. Dezember 1963,
Frankfurt/Main, © picture alliance/AP Images

Bitte wenden Sie sich an uns, wenn Sie Fragen zur
barrierefreien Durchführung der Veranstaltung haben.



Veranstaltungsort:

Konferenzsaal im Haus 1 der Friedrich-Ebert-Stiftung

Hiroshimastraße 17
10785 Berlin-Tiergarten
Telefon 030 26935-6

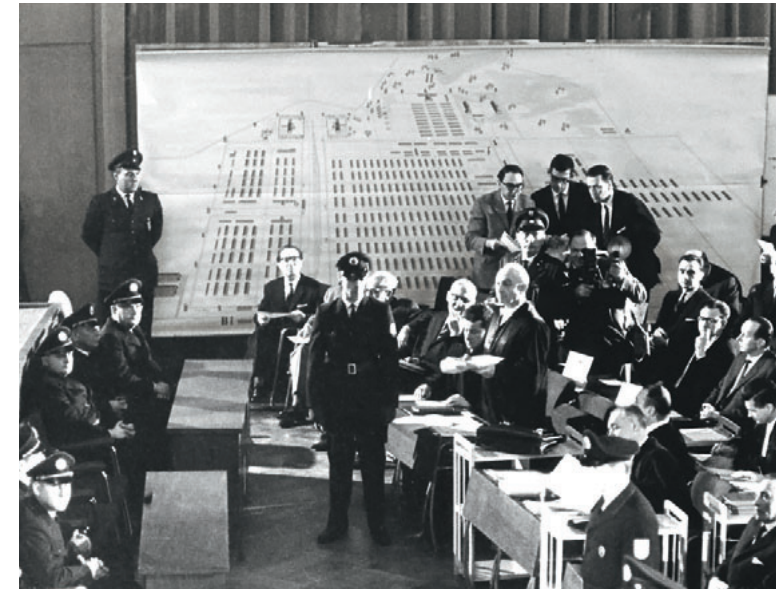
Fahrverbindungen:

Bus M29 bis Hiroshimasteg
Bus 100, 187, 106 bis Lützowplatz
Buslinie 200 bis Tiergartenstraße
Vom Hauptbahnhof:
Bus M41 bis Potsdamer Platz & Bus 200
bis Tiergartenstraße
Parkmöglichkeiten stehen leider nicht zur Verfügung.

Gefördert durch:

STIFTUNG
DEUTSCHE KLASSENLOTTERIE BERLIN

Einladung



Recht gegen Rechte

Justiz und Gesetzgebung gegen
Alt- und Neunazis in Deutschland
seit 1945

Fachtagung in Berlin am
Montag, den 6. Mai 2013

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG
Forum Berlin

FORUM
JUSTIZGESCHICHTE



**Recht gegen Rechte
Justiz und Gesetzgebung gegen
Alt- und Neunazis in Deutschland seit 1945**

Eine Veranstaltung des
Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung
in Kooperation mit dem *Forum Justizgeschichte*

Sehr geehrte Damen und Herren,

von Beginn an musste sich die junge Bundesrepublik um die juristische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Umtrieben gegen die demokratische Ordnung befassen. Ging es zunächst um die rechtliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus und damit um die Grundlegung zu seiner juristischen Bewertung, gab es bald auch neue Herausforderungen im Umgang mit einem sich modernisierenden Rechtsextremismus. In den verschiedensten Rechtsgebieten wurde um Antwort gerungen, wie im demokratischen Rechtsstaat mit seinen Grundrechten wie Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und Versammlungsfreiheit gegen rechtsextreme und demokratiefeindliche Bestrebungen vorzugehen sei. Die aktuellen Diskussionen zum NPD-Verbot belegen, dass dieser Prozess bei weitem nicht abgeschlossen ist.

Bei unserer Fachtagung wollen wir uns mit dem justiziellen Vorgehen und den legislativen Normsetzungsprozessen gegen Rechtsextremismus seit 1945 bis heute beschäftigen. Welche Debatten waren zu führen, welche juristischen Normen wurden entwickelt und genutzt und wie gestaltete sich dies in den verschiedenen Rechtsgebieten? Was können wir auf dieser Grundlage heute in die juristische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus einbringen? Gibt es noch Defizite und wo liegen die aktuellen Herausforderungen für Justiz und Gesetzgebung bei der Fortentwicklung des Rechts gegen Rechtsextreme?

Wir laden Sie herzlich zu unserer „*Recht gegen Rechte. Justiz und Gesetzgebung gegen Alt- und Neunazis in Deutschland seit 1945*“ ein!

Tagungsmoderation

Annette Wilmes
freie ARD-Rundfunkjournalistin

9.30 Uhr Begrüßung

Dr. Irina Mohr
Leiterin des Forum Berlin
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Thomas Henne
Vorsitzender Forum Justizgeschichte

9.45 Uhr Recht gegen Rechte? Möglichkeiten und Grenzen antinationalsozialistischer Normsetzung in der frühen Bundesrepublik

Prof. Dr. Norbert Frei
Friedrich-Schiller-Universität Jena

10.30 Uhr Fritz Bauers juristischer Kampf um die Ehre des Widerstands. Der Remerprozeß

Dr. Claudia Fröhlich
Leibniz-Universität Hannover

11.00 Uhr Bundeswehr und NS-Traditionen – Kasernennamen, Rudelbegräbnis etc.

Jakob Knab
Studiendirektor, Kaufbeuren

11.30 Uhr Kaffeepause

12.00 Uhr Die Wiedereinführung des NS-Staatsschutz-Strafrechts 1951 und seine Beseitigung unter Gustav Heinemann 1968

Prof. i.R. Dr. Ingo Müller
Polizeihochschule Hamburg

12.30 Uhr Ostdeutscher Rechtsextremismus im Visier der „Staatssicherheitsjustiz“

Dr. Annette Weinke
Friedrich-Schiller-Universität Jena

13.00 Uhr Mittagspause

14.00 Uhr Podium

Rechtliche Möglichkeiten der Bekämpfung des Rechtsextremismus

„Wir können sie stoppen“ – Versammlungsrecht und gesellschaftliche Realität

Hans-Ernst Böttcher
Präsident des Landgerichts Lübeck i.R.

**Meinungsfreiheit und Kommunikationsdelikte
Thesen zu den Strafparagrafen gegen „Auschwitzlüge“ und Staatsverunglimpfung**

Dr. Horst Meier
Autor und Jurist, Kassel

„Mein Kampf“ und „Jud Süß“ – der Einsatz von Straf-, Zivil-, Verfassungs- und Urheberrecht als Recht gegen Rechtsextremismus

PD Dr. Thomas Henne
Vorsitzender Forum Justizgeschichte

Verbot rechtsextremistischer Vereinigungen in der BRD 1951 – 2011

Prof. Dr. Fabian Virchow
Fachhochschule Düsseldorf

16.15 Uhr Diskussion

17.00 Uhr Ende der Veranstaltung